

Rheingauer Bürgerfreund

Der „Rheingauer Bürgerfreund“ erscheint wöchentlich drei mal: Dienstags, Donnerstags und Samstags, an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für den Rheingau

Bezugspreis vierteljährlich 1.80 Mk. Preis der Anzeigen: die einspaltige Zeile 20 Pf., die zweispaltige 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Verlagsgebühr nach Vereinbarung.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Expeditionen: Oostrich-Winkel u. Eltville

Druck und Verlag von Adam Estenne in Oostrich
Journaldruck No. 88.

Größte Abonnentenzahl aller Rheingauer Blätter

Nr 137

Donnerstag, den 20. November 1919

70. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Richtigstellung einiger Märchen über die französischen Kolonialtruppen.

§. 3. 194. Gewisse deutsche Zeitungen haben verschiedene Male Frankreich den Vorwurf gemacht, in großen Massen Kolonialtruppen und hauptsächlich Schwarze für die Besatzung zu verwenden. Indem sie sich auf einige tadelhafte Taten, die äußerst selten vorkamen und die im übrigen streng bestraft wurden, stützten, stellten sie dem franz. Kolonialsoldat als einen wahren Wilden dar, der im besetzten Gebiet eine Gefahr für die Bevölkerung sei und dessen Verwendung eine den Deutschen auferlegte und gewünschte Demütigung bilde.

Eine solche Darstellung der Sache ist ganz im Widerspruch mit der Wahrheit und wird täglich von den Einwohnern, die es selbst bezeugen, und durch die Berichte der deutschen Behörden widerlegt.

Frankreich benutzt für die Besatzung seine Kolonialtruppen, wie es sie überall außerhalb seines Landes verwendet. Hierin besteht für sie ihre logische und morale Rolle. Außerdem ist es selbstverständlich, daß der franz. Soldat, der mehr als jeder andere unter diesem Krieg gelitten hat, vorzugsweise ganz in der Nähe seiner Heimat verwendet wird. Und noch natürlicher ist es, daß Frankreich, dessen Gebiete von den deutschen Armeen gerodet wurden, in seinem Lande die möglichst größte Anzahl seiner Kinder, die französischen Bauern und Arbeiter, behält, um an dem nötigen Wiederaufbau zu helfen.

Es ist vollständig ungerecht, den Kolonialsoldaten und insbesondere den Schwarzen als Wilde zu bezeichnen. Der Schwarze ist im Allgemeinen ein sehr sanfter Mensch, hat einen freigebigen, guten und lebenslustigen Charakter und ist sehr diszipliniert. Die deutsche Bevölkerung wird sich sicher über ihn nicht zu beschweren haben. Die unparteiischen Zeugen stellen immer gerne fest, wie sehr gewisse Märchen, die zu einem leicht erhaltbaren Zweck verbreitet und die durch die Tatsachen selbst widerlegt werden, unrichtig sind.

gez. Percin

Mittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

§. 3. 393. Den sich im besetzten Gebiet befindlichen Banken ist es verboten, Wertpapiere, Banknoten und Stadt- oder Scheine von den alliierten und neutralen Ländern, welche von deutschen Kriegsgefangenen umgetauscht wurden, der Zweigstelle der General-Kriegskasse in Berlin zu übermitteln.

1) Die Banken des Kreises müssen dem Administrator jeden Monat am 1. und 15., vom 15. November ab, ein ausführliches Verzeichnis über die durch Kriegsgefangene umgetauschten Summen vorlegen.

2) Sämtliche auswärtige Wertpapiere und Banknoten sind bis auf die kommenden Anweisungen des Finanz-Generaldirektors des Rheingebiets in dem Kassen zu behalten.

3) Im Bericht vom 15. November ist zu erwähnen, ob vor Bekanntgabe dieses Befehls schon Wertpapiere und Banknoten der obgenannten Länder nach Berlin übermittelt wurden und an welchem Datum.

Koblenz a. Rh., den 18. November 1919.

gez. Percin

Mittmeister und Administrator.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der bevorstehenden Volksabstimmung in Süd-Ostpreußen (Reg. Bez. Allenstein und Olsztyn) ist in Wiesbaden eine Vereinigung von Ostpreußen (Männer und Frauen) in der Bildung begriffen, die sich die Unterstützung der in Wiesbaden und Umgegend wohnhaften hiesigen Kolonialisten mit Rat und Tat zur Aufgabe gestellt hat. Etwaige Anfragen usw. sind an Rentner Grubert, Wiesbaden, Scheffelstraße 1 zu richten.

Am Freitag, den 21. ds. Mts., 8 Uhr nachm., ist in Wiesbaden, Tannushotel, Rheinstrasse, eine Versammlung anberaumt, in der die bis jetzt ergangenen diesbezüglichen Bestimmungen bekannt gemacht und erörtert werden.

Koblenz a. Rh., den 17. November 1919.

Der Landrat,

J. S.: Wixert.

Bekanntmachung.

Betrifft: Pferdeverkauf aus Anlaß der Verminderung des Deutschen Heeres.

Der Verkauf von Pferden aus Anlaß der Verminderung des Deutschen Heeres — und zwar sowohl von dienstunbrauchbaren als von anderen, sobald solche freigegeben werden — wird künftig in der Weise bewirkt, daß die Tiere den Landwirtschaftskammern zu Höchstpreisen zur Verteilung an wirklich pferdebedürftige Landwirte übergeben werden. Eine Versteigerung findet nicht mehr statt. Von den pferdebedürftigen Landwirten sind Kriegsbefähigte, Hinterbliebene von im Felde Gebliebenen, ferner solche Personen, die mit staatlicher Unterstützung angelockt werden sollen, oder auch Personen, denen bereits Pferde leihweise haben überlassen werden müssen, zuerst zu berücksichtigen. In dringenden Fällen geben die Landwirtschaftskammern Pferde auch andern Gewerbetreibenden ab, außerdem an Personen, die im Dienst der Allgemeinheit tätig sind, wenn ihnen zur Ausübung ihres Berufes andere Verkehrsmittel fehlen. Pferdehändler sind nach wie vor ausgeschlossen.

Koblenz a. Rh., den 18. November 1919.

Der Landrat,

J. S.: Wixert.

Die Reichseinkommensteuer.

Die Reichseinkommensteuer soll nach im Laufe des Monats November der Nationalversammlung vorgelegt werden. Die Reichseinkommensteuer ist schon in früheren Jahren vielfach gefordert worden, konnte aber infolge des Widerstandes der Finanzminister nicht durchgeführt werden. Noch am 25. Juni 1918 sprach der preussische Minister Seigt in der Finanzkommission des Reichstages von „dem schweren Kampf, den die Bundesstaaten gegenüber dem Reiche führen müßten.“ Die Bundesstaaten haben damals gesagt, so wie die vertriebenen fremden Staaten in dem schweren Kampf, den sie gegenüber dem Reiche führten, gesiegt haben. Beide Niederlagen waren für das Reich verhängnisvoll. Unsere Finanznot hätte niemals so furchtbar werden können, wenn der Grundsatz, daß das Reich keine laufenden direkten Steuern erheben dürfe, rechtzeitig aufgegeben worden wäre. Dieser Grundsatz war erträglich, solange das Reich einen viel geringeren Einnahmebedarf hatte als Staaten und Gemeinden. Er war schon im letzten Friedensjahre ein Hemmnis für eine gesunde Reichsfinanzwirtschaft. Im Kriege machte er die Einführung ausgedehnter Reichsteuern unmöglich und führte zu einer ungeheuren Vermehrung der schwelenden Schulden. Jetzt, wo der Bedarf des Reiches dauernd drei- bis viermal so groß sein wird wie der von Staaten und Gemeinden, muß dieser Grundsatz selbstverständlich fallen.

Die Reichseinkommensteuer ist aber nicht nur für das Reich unentbehrlich; sie ist auch für den Steuerzahler unumgänglich notwendig. Denn bei der furchtbaren Belastung, die uns bevorsteht, ist es erforderlich, daß in Zukunft alle Deutschen von gleicher Leistungsfähigkeit gleichmäßig besteuert werden. Das war bisher nicht der Fall. Jetzt besteht noch eine geradezu erschreckende Ungleichheit. Nicht nur ist die Einkommenbesteuerung in jedem Gliedstaat eine andere, auch innerhalb des einzelnen Staates schwankt die Besteuerung von Ort zu Ort. Nun war es vielleicht noch erträglich, wenn ein Mann mit einem Einkommen von 20 000 Mk. vor dem Kriege insgesamt an Einkommensteuer in Berlin 1290 Mk., in Königsberg 2040 Mk., in Grunewald 1050 Mk., in Dirschau 2490 Mk. zu zahlen hatte. Denn der preussische Durchschnitt von rund 1600 noch im Verdächtig so niedrig, daß selbst erhebliche Abweichungen nach oben oder unten, im Hinblick auf die Vorteile der selbstständigen Steuerfestsetzung durch die Gemeinden, zur Not hingenommen werden konnten. Wenn aber in Zukunft der Durchschnitt nicht mehr 1600 Mk., sondern vielleicht dreimal so groß sein wird — heute ist er schon etwa doppelt so groß —, werden erhebliche Überschreitungen dieses Durchschnitts nicht mehr angänglich sein. Bei Aufrechterhaltung des bisherigen Verfahrens wären aber bedeutende Überschreitungen um so mehr zu befürchten, als durch den Krieg im allgemeinen die steuerfähigen Gemeinden am meisten gelitten haben. Schon interlokale Ungleichmäßigkeiten in der Einkommenbesteuerung werden nunmehr durch die Reichseinkommensteuer vermieden werden.

Die Reichseinkommensteuer ist durchaus geeignet, das Rückgrat einer geordneten Finanzwirtschaft zu bilden. Schätzt man den Gesamteinkommen des Reichs, Länder und Gemeinden einschließlich der Abgaben an unsere Gegner auf 28 — 30 Milliarden im Jahre, so kann die Ein-

kommensteuer allein ein Viertel davon decken. Ein weiteres Viertel können die schon jetzt bestehenden Reichsteuern liefern. Das dritte Viertel kann aus dem Reichsnotopfer, der Umsatzsteuererhöhung, der geplanten Biersteuererhöhung und den bestehenden und einzuführenden Steuern der Steuern der Länder und Gemeinden fließen. Wie aber soll das letzte Viertel aufgebracht werden? Hoffentlich weiß der Reichsfinanzminister Rat und kann bereits bei der ersten Lesung der Reichseinkommensteuer in der Nationalversammlung darüber Aufschluß geben.

Die Schuldfrage.

Berlin, 15. Nov.

Eine stürmische Sitzung.

Zu Beginn der heutigen Sitzung verwies der Zeuge Dr. Helfferich auf die Frage des Vorsitzenden nach seiner geänderten Stellungnahme zum rüchschloßen U-Bootkrieg auf die Erklärung der Obersten Heeresleitung, daß sie die Verantwortung für die weitere Fortsetzung der Kriegsoptionen nicht übernehmen könne, wenn nicht unserer schwerbedrängten Westfront durch jedes denkbare Mittel Erleichterung verschafft werde. Sollte da der Reichsfinanzminister oder ich, soweit ich mitreden hätte, es darauf ankommen lassen, daß Hindenburg und Ludendorff erklärten: Wenn man uns nicht die benötigten Mittel bewilligt, dann müssen wir erklären, daß wir nicht mehr mitspielen? Ich habe dem U-Bootkrieg widerstanden, weil ich eine verhängnisvolle Steigerung unserer Schädigung durch Amerika befürchtete. Mein Vertrauen zu Wilson war nach der Lansingaffäre restlos erloschen. An Wilsons Stelle hätte ich die definitive Antwort der Entente als unerschämte Angelegenheit, da sich die Entente eine Gleichstellung mit den Mittelmächten verbat, aber eine Vermittlung doch nur unter Gleichen möglich ist. Aus dieser Antwortnote ging auch hervor, daß die Entente eine Vermittlung, in der uns Vorteile zugewilligt werden, nicht akzeptieren wird. Nach meiner Ansicht ist die amerikanische Regierung uns gegenüber nicht ihre Schuldigkeit. Je länger der Krieg andauert, desto mehr wurde Amerika gegen uns eingenommen, weshalb ich die Aussicht auf eine Friedensaktion für uns für ein reitungsloses Unternehmen hielt.

Zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte führte im weiteren Verlauf der Sitzung die Weigerung Helfferichs, eine Frage des Beisitzers Cohn direkt zu beantworten mit dem Hinzusagen, daß er, vor dem Gerichtshof stehend, nach der Strafprozeßordnung das Recht haben würde, Dr. Cohn als Richter abzulehnen. Nach 1½ stündiger Beratung verlinde der Vorsitzende Bar-muth folgenden Beschluß:

Der Ausschuss faßt mit einem Stimmenverhältnis von vier gegen zwei und der Stimmenthaltung des Abg. Dr. Cohn folgenden Beschluß: Der Ausschuss ist kein Gerichtshof. Seine Verhandlungen sind auch kein Verfahren für den Staatsgerichtshof. Er hat kein Urteil zu fällen. Die Ablehnung eines Beisitzers aus persönlichen Gründen ist unzulässig, ebenso die Nichtbeantwortung der von einzelnen Mitgliedern gestellten Fragen. Die Ablehnung der Beantwortung von Fragen steht den Zeugen nur auf Grund der Strafprozeßordnung zu.

Auf die Frage des Vorsitzenden an Dr. Helfferich, ob er jetzt bereit sei, die Frage von Cohn zu beantworten, erklärte Helfferich unter Bewegung und Beifall im Zuhörerraum und Beifall der Presse, daß der Beschluß an den für ihn maßgebenden Gründen nichts geändert habe und er sei noch nicht bereit, die Frage Cohns zu beantworten.

Der Vorsitzende verlinde darauf folgenden weiteren Beschluß, der mit dem gleichen Stimmenverhältnis ergangen ist:

Der Zeuge Helfferich wird, da er sein Zeugnis ohne gesetzlichen Grund verweigert, entsprechend § 69 der Strafprozeßordnung zu den durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt.

Persönlich bemerkt der Vorsitzende noch, daß der Strafbefehl an sich nicht seiner Auffassung über die Anwendbarkeit der Strafprozeßordnung auf diesen Ausschuss entspreche. Für ihn ist die Ablehnung seiner Stellungnahme durch die Ausschussmehrheit so bedeutsam, daß er den Vorsitz des Ausschusses niederlege. Lebhafter Beifall bei einem Teil der Pressevertreter u. im Zuhörerraum.

Abg. Warmuth übergab hierauf den Vorsitz an den stellvertretenden Vorsitzenden, den Abg. Gothein, der nachträglich rügt, daß hier von den Vertretern der Presse Beifallstundgebungen geäußert wurden. Im Wiederholungsfall werde er diesen Herren die Karten entziehen. Vorzögler Gothein erteilt hierauf dem Zeugen Dr. Helfferich das Wort zur Begründung seiner abgelehnten Haltung gegenüber Fragen des Abg. Cohn. Dr. Helfferich vertief sich auf seine Aufassung des

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe.

betriebswirtschaftlichen. Der Gewerkschaftsmann des
Lobes glaubt jedoch eine Annäherung zwischen den
deutschen Führern und den deutschen Industriellen
auch in der Formulierung dieses neuen Gesetzent-
wurfes bemerken zu können, die zu einer den amerika-
nischen Kapitalisten genehmeren Fassung führen kann.
Man sei in den Vereinigten Staaten bereit, eine An-
leihe bis zu zwei Milliarden Dollars (nach unserer jetzi-
gen Währung 72 Milliarden Mark) zu gewähren, wo-
bei die Hälfte in Kreditschiffen bestehen würde, die nach
Deutschland geführt werden sollen. Dagegen müßte sich
die deutsche Regierung verpflichten, einen Garantiefonds
zu bilden, der aus Extrabörsen auf alle einzuführenden
Waren aufzubringen wäre.

lokale u. Vermischte Nachrichten.

Postales.

* Eltville, 20. Nov. Vom 23. November ab wird
auf Weiteres der Schalterdienst bei dem hiesigen Post-
amt an Sonntagen in der Zeit von 8—10 Uhr vormittags
von 8—9 Uhr vormittags und 12—1 Uhr nach-
mittags wahrgenommen.

Goldenes Ehejubiläum.

* Radesheim a. Rh., 19. Nov. Herr Steuer-
rat Adam Rast und Frau Gemahlin Elise, geb.
Schön, feiern am 20. d. Mts. das Fest des Goldenen
Ehejubiläums. Der noch sehr kräftige Jubilar feierte vor wenigen
Tagen, am 9. ds. Mts. in bester Gesundheit seinen 81.
Geburtsstag. Mögen dem alleseitig hochgeschätzten Ehepaar
weiterhin beste Gesundheit und ein zufriedener, glück-
licher Lebensabend beschieden sein. Unsere herzlichsten Glück-
wünsche!

Vakante Lehrstellen.

* Aus dem Rheingau, 17. Nov. Zum 15. Dez.
in Erbach eine katholische Lehrerstelle und in
Johannisberg eine evangelische Lehrerstelle neu zu
besetzen.

Bestuhlung.

* Wiesbaden, 19. Nov. Eines der schönsten und
stimmtesten Lokale Wiesbadens, die „Wartburg“, ging
am Kauf in den Besitz eines Pariser Herrn über.

Eine gelinde Strafe.

* Wiesbaden, 19. Nov. Der Rübenmacher Josef
Kapp aus Dieblich besaß eine sehr bissige Dogge, die schon
vielfach Unheil angerichtet und, wie festgelegt, annähernd zehn
Mark schwer verletzt hatte. Einem Wiesbadener Witte hatte
sich Tier darauf in die rechte Hand gebissen, daß dieselbe
immer gelähmt ist. Das Schöffengericht verurteilte
Kapp Knapp heute wegen fahrlässiger Körperverletzung
zu 10 Mk. Geldstrafe. Die Dogge ist inzwischen infolge
der Gemeingefährlichkeit von der Polizei erschossen worden.

Der „Rhein im Bild.“

Zum erstenmale seit Beendigung des Krieges fand in
Wiesbaden zur Ehre der gefallenen Soldaten eine erhebende
Gedenkfeier statt. — In seiner Nr. 27 dieses Woche gibt
das „Rhein im Bild“ über dieselbe einen sehr interessanten
Bericht und bringt dann eine Reihe recht beachtenswerter
Bilder. In einem zweiten Artikel werden die argen Ver-
wundungen in Nassau 1866 in der prägnantesten Weise
schildert und in einem dritten von der Fürstin von
Hohenzollern verfaßten Aufsatz werden die Leser dieser Zeitschrift
in Kunststeinbrücke des hohen Domes während ihres Aufent-
haltes in dem Rheingau finden.

Der Kurs der Mark

Wie wir bereits aus der Pfalz gemeldet haben, von
der französischen Militärbehörde mit Wirkung vom 1. No-
vember an bis auf weiteres auf 20 Centimes festgesetzt
worden.

Preiserhöhung für Briefumschläge.

* Der Verein deutscher Briefumschlagfabrikanten hat
beschlossen, einen weiteren Aufschlag 25 Proz. auf die gegen-
wärtig geltenden Preise aller Erzeugnisse einzutreten zu lassen,
wobei erst im Oktober die Preise um 10 Proz. erhöht
worden sind.

Aufhebung einer Spielhölle.

* Frankfurt a. M., 16. Nov. Die Kriminalpolizei
hat heute vormittag in einer Wirtschaft am Börnleplatz 3
eine Spielhölle aus. Die anwesenden 30 Personen, die um
eine hohe Einsätze Lotterien spielten, waren durchweg
Kriminelle und Schieber aller Art. Der Wirt, der schon
oft die Gesellschaft beherbergte, will — natürlich —
dem Lotteriespiel in seinem Lokal nichts gemerkt haben.

Schätzungswerte Wahlzettel.

* Dristel, 17. Nov. Bei der Wahl der Gemein-
deverwaltung am Sonntag fand sich in der Urne ein Wahl-
zettel, der statt des Stimmzettels zwei Fünzigmarkscheine
enthielt. Wenn bei allen Wahlen im lieben deutschen Vater-
land jeder diesem Beispiel folgen wollte, könnte manches
im Reichshaushaltsplan gestopft werden.

Wildschweinjagd.

* Stromberg (Rheinl.), 17. Nov. Die Jagd
auf Wildschweine ist hier im vollen Gange. Ein Gerichts-
wachtmeister erlegte auf einem Wege 5 Schwarzkittel. Das
Tiere wurde unter Arbeiter verteilt. — Bei Bess hatte
ein Rudel von 14 Stück eingekreist, von denen 4
Tiere zur Strecke gebracht wurden. Einige tausend
Mark noch erlegt worden, ohne befürchten zu müssen, dieses
gänzlich auszuwachen. In Rudeln fallen sie über
Wälder oder Gassfelder her, wählen diese auf und ver-
zehren alles. Man ist nun allenthalben fest am Werk,
den Tieren und Fell zu geben.

Gemeiner Diebstahl.

* Neustadt (Pfalz), 17. Novbr. Ein Kriegsdienst-
verwundeter hier um die Summe von 10 300 Mark und um
ein Koffer mit Kleider bestohlen. Er befand sich auf der
Reise von Frankfurt, als sich in Mannheim ein Unbe-
kannter ihm zugesellte und den Blinden veranlaßte ihm sein
Koffer und seinen Koffer anzuvorsetzen und gemeinsam mit
ihm zwei Wochen zu fahren. Sie fuhren zusammen
nach Frankfurt, wo der Dieb mit dem Koffer und dem Koffer
den Blinden das Weite suchte.

Bahnraub.

* Kreuznach, 17. Novbr. Zwei Arbeiter von hier
wurden am Güterbahnhof einen mit Speck beladenen



Wie soll das enden. 13

Güterwagen und eigneten sich 9 schwere Seiten Speck an.
Einen Teil verhängen sie in einem in der Nähe stehenden
Möbelwagen, während sie 4 Seiten in der Stadt für 1,00
Mk. das Pfund verkaufen. Bahnbeamte fanden den rest-
lichen Teil, benachrichtigten die Polizei, der es in kurzer
Zeit gelang, die Täter festzunehmen.

Heiratswut.

* Marienberg (Westerb.), 17. Nov. Trotz Koh-
lennot und ärgstem Wohnungsmangel grassiert hier die
Heiratswut in ungeheurer Weise; denn nicht weniger als
19 Paare ließen sich im Monat Oktober aufbieten und 10
Paare traten vor den Traualtar. Und das will bei 1200
Einwohnern etwas heißen, wenn in einem Monat jeder 20.
Bürger in den Ehefesseln einläuft.

Die Domäne Neuhof.

* Berlin, 20. Nov. Die Ortsbauern- und Winger-
schaften Hattenheim, Hallgarten und Erbach hatten bei dem
Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den
Antrag auf Bereinstellung von Domänenland aus dem Gelände
der Domäne Neuhof für Siedlungszwecke gestellt. Im Interesse
der Antragsteller ist die Angelegenheit auf Veranlassung des
Zentrumsabgeordneten der preussischen Landesversammlung
Wentrop (Königsberg) in der Staatshaushaltskommission
und in der Kommission des Hauses durch das Ausschußmit-
glied, den Abgeordneten Müller (Bismarck) erörtert worden.
Auf die ausführliche Darstellung der berechtigten Wünsche
der Antragsteller erwiderte der Minister folgendes: Die
Domänenverwaltung habe sich bereit erklärt, 181 Morgen
aus der Domäne Neuhof den kleinen Leuten abzugeben.
Die ganze Domäne aufzuteilen, sei deshalb nicht möglich,
weil nach Sachverständigenurteilen die Erträge der Wein-
bergdomäne Steinberg von der Düngerbefreiung der
Domäne Neuhof in weitgehendem Maße abhängig sei. Vor
allen Dingen sei es nicht möglich, den Domänenpächter von
der Düngerbefreiungspflicht für den Steinberg zu entbinden.
Ob über die 181 Morgen noch weitere Flächen abgegeben
werden könnten, werde ernstlich erwogen. Er hoffe, die
Verhandlungen zu einem alle billigen Ansprache der An-
wohner befriedigenden Ergebnis zu führen. Es wird er-
wartet, daß die ausgesprochene Hoffnung des Ministers
recht bald in Erfüllung geht.

Das Loch im Westen.

* Berlin, 16. Nov. Wie die „D. Allg. Ztg.“ an-
zuständiger Stelle hört, ist damit zu rechnen, daß der Ver-
band den Bedürfnissen des deutschen Wirtschaftslebens Rech-
nung tragen und daß auch für die Befestigung des Reiches
eine Kontrolle der Ein- und Ausfuhr eingerichtet wird.

Papiergeld als Bierflaschenetiketten.

* Eine Schweizer Brauerei, die bisher auf
ihren Flaschenetiketten eine Goldkrone als Fabrikzeichen
aufgedruckt hatte, — sie erzeugte „Kronenbier“ — stellt
jetzt einfach 8 kreisförmige Kronennoten auf die
Flaschen, da diese um 1 1/2 Centimes zu haben sind, während
die wirklichen Signetten pro Stück 10 Centimes kosten.

Einen seltenen Bräutigam.

hat eine Holländerin in dem englischen Generalmajor und
Flieger Sykes, den sie auf der Luftfahrttausbildung in
Amsterdam kennen lernte. Der Neuverlobte besucht jede
Woche seine Braut, indem er mit seinem Wasserflugzeug
von England nach Holland fliegt, um auf demselben Wege
zurückzukehren.

Strasbourg wird stark befestigt.

* Karlsruhe, 10. Nov. Die „Straßburger Ztg.“
berichtet, daß Clemenceau bei seinem letzten Besuche in
Strasbourg in Begleitung Millerands und mehrerer franzö-
sischer Generale auch die Forts des Rastatt-Brückenkopfes
und die Außenbefestigungen von Strasbourg in Augenschein
genommen hat. Clemenceau erklärte dabei, daß zur Sicher-
ung für künftige Zeiten Strasbourg nach Belort
die größte und widerstandsfähigste Festung
werden müsse. Der Ausbau der Festung werde ununterbrochen
nach der Bewilligung des Kredits durch die Kammer in
Angriff genommen werden.

Hohes Alter.

* In Erbsdorf (Oldenburg) starb leghin der Land-
wirt Bierhusen im Alter von 104 Jahren.

Die Zunahme der Verbrechen.

* Der sächsische Ministerpräsident teilte in der Volks-
kammer erscheinende Zahlen über die Zunahme der Krimi-
nalität mit. In den ersten neun Monaten des Jahres 1918
waren bei der sächsischen Staatsanwaltschaft über 69 000
Straffachen anhängig, die in der gleichen Zeit des letzten
Jahres auf 93 000 gestiegen sind; die Gesamtzahl für das
laufende Jahr wird vom sächsischen Justizministerium auf
über 124 000 geschätzt. Während früher im Jahre nur ein
bis zwei Todesurteile gesprochen wurden, sind seit etwa

einem Jahre schon 40 Todesurteile verhandelt worden oder
noch anhängig.

Französische Pressestimme.

Im „Temps“ vom 23. Oktober lesen wir folgendes:
Die Alliierten und Deutschland haben die eigenen Interessen
des besetzten Gebietes eingesehen. Wir haben sie erkannt,
indem wir eine hohe Interalliierte Kommission errichtet
haben. Aber auch die Deutsche Regierung hat sie ihrerseits
erkannt, indem sie auf dem linken Rheinufer einen Reichs-
kommissar mit einem Beratungskomitee eingesetzt hat. Die
Bevölkerung des besetzten Gebietes hat nicht nur verschiedene
Interessen als die, welche sich im übrigen Deutschland be-
wegen, sie hat gegenseitige Interessen insbesondere was die
Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung angeht, es liegt
ihnen sehr viel daran, sich vor gefährlichen Handlungen zu
schützen, die in den unbefestigten Gebieten gestattet bzw. be-
günstigt werden. Daher ist es von großer Wichtigkeit, wenn
die Bevölkerung des besetzten Gebietes ihren besonderen
Wunsch äußern kann, der auch ihre eigenen Interessen
vertritt. Die Ausschüsse, die im Rheinland in 23
Städten sich gebildet haben zwecks Errichtung eines autonomen
Staates haben kürzlich an den Völkerverbund und die Deutsche
Regierung eine Bittschrift eingereicht, welche wir auch nicht
vergessen können; dem Rheinischen Volke hieß es, kann das
Recht nicht abgeschlagen werden, durch ein Organ vertreten
zu sein, welches auf freie Wahl des Volkes beruhen würde,
denn nur ein solcher Ausschuss ist in der Lage, die notwen-
digen Bedürfnisse des Rheinischen Volkes zu begreifen und
sie auch mit Erfolg zu vertreten. In der „Germania“,
dem Berliner Zentrumsblatt, lasen wir letzten Donnerstag
einen Artikel... in welchem Zugeständnisse gemacht wurden
... Im Rheinland gibt es auch andere Männer als
die der Zentrumspartei, welche mit Eifer an der Arbeit
sind, einen freien Rheinstaat zu gründen. Alle Parteien
zählen unter ihren Mitgliedern Anhänger einer Rheinischen
Republik. Beweis davon ist der Fall Smeis in Köln von
der Unabhängigen S. S. und der Fall Handraht in Nachen
von der Mehrheits-S. S. Diese Seiten las man am 16.
10. in Berlin. Zwei Tage später trug sich in Coblenz
folgendes zu: Herr Reichskommissar von Start versammelte
so eine Art Versammlung der Notabeln, ausgesucht von Be-
amten, Industriellen, Kaufleuten, Landwirten usw., um die
wirtschaftlichen Angelegenheiten im besetzten Gebiete zu be-
sprechen. Über 100 Mitglieder zählte die Versammlung,
welche Kommissionen ernannt hat, um ihren Arbeiten einen
dauernden Charakter zu verleihen. Auch fanden so viele
Angelegenheiten auf der Tagesordnung, daß die Besprechungen
auf eine andere Sitzung verschoben werden mußten. Beweist
das nicht, daß das Rheinland zusammen treten muß und
zwar um so mehr, wenn gerade der Reichskommissar es
auspricht! Aber warum sollte dieser Kommission solche
Beiräte ausfinden lassen, die ihm gefallen? Warum sollte
man nicht an die Wahlen heran gehen, an die allgemeine
Abstimmung?

Verantwortlich: Adam Etienne, Destr.

AGNES WEINHEIMER
FRANZ WIPPEL
VERLOBTE
OESTRICH A. RH. RUESHEIM A. RH.
NOVEMBER 1919.

Polzwaren
Lager aller modernen Polze
Anfertigung u. Umarbeitungen in bester
fachmännischer Ausführung.
G. Gompertz
Ludwigstr. 1 Mainz Telefon 1595

Färberei u. chem. Reinigung
Karl Döring, Wiesbaden.
Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.
Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.
Reinigen u. Färben sämtl. Herren- u. Damengarderoben
sowie Teppiche, Möbelstoffe usw.
Dekatieren und Imprägnieren (wasserdicht).
Durch genügend Benzinnorral bin ich in der Lage, allen Anforderungen im
Reinigen gerecht zu werden. Liefertzeit 8—10 Tage, Trauersachen 24 Stunden.
Prompte Bedienung. — Solide Preise.
Annahme für Oestrich und Umgegend:
Frau Maria Hofmann, Oestrich, Mühlstrasse 9.

Crauerbriefe — Crauerkarten
Besert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Die bahnamtlichen Rollgebühren betragen fortan in
 Desfrich, Mittelheim und Winkel für je angefangene
 50 kg Gült 50 Pf., Frachtgut 80 Pf.
 Wiesbaden, den 15. November 1910.
Eisenbahn-Verkehrsamt.

Jugelheimer Maschinenfabrik
G. m. b. H.
in Nieder-Jugelheim a. Rh.

Hochachtungsvoll
Wilhelm Heiser, Balt. Zimmer
Otto Schmidt.

Haltestelle der elektr. Linie 3 (rot) und 3 (blau).

Küschnerel.
flachsmarkt 1, parter